



Nicht nur Lkws brettern über die B 29 bei Urbach, sondern auch andere Fahrzeuge. Das Verkehrsaufkommen hat sich seit Anfang der 90er Jahre so gut wie verdoppelt.

Bild: Habermann

B 29: Der Frust sitzt tief in Urbach

Zum wiederholten Mal ist die Gemeinde mit einem Antrag auf mehr Schutz vor dem Lärm der Bundesstraße abgeblitzt

Urbach (mik).

Zum soundsovielten Mal hat sich Urbach über Lärm und Verkehr auf der B 29 beschwert und um Abhilfe gebeten. Es war wie immer: Zwar haben Gespräche mit dem Landratsamt und dem Regierungspräsidium stattgefunden, ein anderes Ergebnis als bei all den anderen Versuchen kam aber nicht heraus. Bürgermeister Jörg Hetzinger ist frustriert bis erbost, der Gemeinderat empfindet ähnlich bis gleich.

Der Urbacher Rathauschef kann vor allem überhaupt nicht nachvollziehen, dass beim Neubau einer Straße faktisch andere Lärm-schutzrichtlinien gelten als bei einer bestehenden. Anders (und einfacher) ausgedrückt: Müsste die vierspurige B 29 bei Urbach erst gebaut werden, würde sie mit einer höheren Lärmschutzwand versehen. Hetzinger formulierte es in der Gemeinderatssitzung so: „An einer bestehenden Straße muss es lauter sein, als wenn eine neue Straße gebaut wird.“ Das ist für ihn „nicht

nachvollziehbar“ und „völlig unbefriedigend“.

Ähnlich sieht's bei der Geschwindigkeitsbegrenzung aus, die Urbach gerne hätte. Vom östlichen Ende der B-29-Brücke über die Rems bis zum westlichen Ende der Auf-fahrtspur der Anschlussstelle Urbach sollen Pkw nurmehr 120 und Lkw 60 km/h fahren dürfen. Pfeifendeckel, sagen die Behörden, die's zu entscheiden haben. Die Polizei führt an, das Unfallgeschehen an dieser Stelle sei zu gering, um eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu rechtfertigen. Überhaupt beurteilen laut Landratsamt die Freunde und Helfer dieses Unfallgeschehen auf der B 29 zwischen Schorndorf und der Grenze zum Ostalbkreis (also – und das mag überraschen bis nachdenklich machen – auf einem Abschnitt, wo es mit Ausnahme des kurzen Bereichs zwischen Schorndorf und Urbach keine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt) „deutlich positiver“ als auf den übrigen Streckenabschnitten der vierspurigen Bundesstraßen im Rems-Murr-Kreis.

Ungehört verhallt ist bei Landratsamt und Regierungspräsidium auch der Hinweis aus Urbach, wonach sich das Verkehrsaufkommen auf der B 29 seit 1990 fast genau verdoppelt hat. Eine Verkehrszählung vor

18 Jahren hat ergeben, dass täglich 17 600 Fahrzeuge auf der B 29 unterwegs waren. Sogar das Regierungspräsidium geht heute von 35 000 Fahrzeugen am Tag aus. Daraus lässt sich aus Urbacher Sicht ableiten, dass die Lärmbelastigung der Bürger zugenommen hat. Und sie wird noch mehr zunehmen, argumentiert Hetzinger nicht zu Unrecht, wenn erst einmal der Tunnel in Schwäbisch Gmünd gebohrt und die B 14 zwischen Winnenden und Backnang fertig ist. Alles keine Argumente für die Herrschaften in Waiblingen und Stuttgart.

Hetzinger greift zum letzten Strohalm: Brief an die Abgeordneten

Der Urbacher Rathauschef greift in seinem Frust jetzt zum letzten Strohalm. Er wird an die lokalen Bundestagsabgeordneten appellieren, sich bei ihren Kollegen in Berlin dafür einzusetzen, dass die Richtlinien für den Lärmschutz geändert werden.

SPD-Fraktionschef Dieter Wiegner lobte die Verwaltung zwar für die „gute Vorlage und die richtige Schlussfolgerung“. Allerdings glaubt er „nicht, dass sich etwas ändert“. Wiegner sagte zu Hetzinger: „Wenn

Sie glauben, dass unsere paar MdBs die große Menge MdBs davon überzeugen, eine Lex Urbach und Plüderhausen zu erlassen – ich glaube es nicht.“ Der Bund mache doch „kein Gesetz, das ihn Geld kostet“.

CDU-Rätin Patricia Bäuchle schüttelte ob der Argumentation von Landratsamt und Regierungspräsidium auch nur den Kopf: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass es an alten Straßen lauter sein darf als an neuen.“ Das verstöße eindeutig gegen den Gleichheitsgrundsatz. Bäuchles Vorschlag: „Vielleicht sollten wir darauf abzielen.“

Das Zitat

■ „Ich kenne jemand, der war mal Mitglied des Urbacher Gemeinderats und ist heute Bundestagsabgeordneter. Selbst er ist vor Jahren unserem Antrag **nicht beigetreten.**“

■ SPD-Fraktionschef Dieter Wiegner zu Hetzingers Vorschlag, an die MdBs zu schreiben. Wiegner sagte zwar nicht, wen er meinte, aber es ist klar: **CDU-MdB Dr. Joachim Pfeiffer.**